

DIE LINKE.

Straßenbaubeiträge abschaffen!

Denn:

- **Straßenbaubeiträge in häufig 5-stelliger Höhe gefährden die Existenz von Geringverdienern, Rentnern und jungen Familien.**
- **Es wird keinerlei Rücksicht auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit genommen. Ratenzahlungen werden mit 6 % verzinst.**
- **Willkürlicher und nicht nachvollziehbarer Prozentsatz bei der Verteilung der Kosten**
- **Sie werden oft gegen den Willen der Anwohner durchgeführt.**
- **Ein wirtschaftlicher Vorteil für die betroffenen Anwohner ist nicht messbar, denn auch die Anwohner benachbarter Straßen nutzen Fahrbahnen, Parkplätze, Fuß- und Radwege und Ampelanlagen.**
- **Kein Anreiz für die Kommune zum kostengünstigen Straßenbau.**
- **Vernachlässigte Instandhaltung zugunsten einer späteren Erneuerung.**
- **Hoher bürokratischer Aufwand für die Erhebung und Verrechnung.**
- **Förderprogramme für den Straßenbau berücksichtigen nicht den Anwohneranteil.**
- **Schon abgeschafft in Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin, Brandenburg und Thüringen folgen in diesem Jahr.**
- **Gibt es nur in Deutschland und Dänemark.**

DIE LINKE.

- Was sind Straßenbaubeiträge?
Das sind Beiträge für vorhandene Straßen, Wege und Plätze. Z.B. für Fahrbahn, Geh- und Radweg, Parkstreifen, Beleuchtung, Grünflächen, Oberflächenentwässerung...
- Geregelt in § 4 Gemeindeordnung für das Land NRW in Verbindung mit § 8 Kommunalabgabengesetz (KAG).
- Begründung: Durch die Straßenbaumaßnahme soll den Anliegern ein wirtschaftlicher Vorteil entstehen. Darum sollen sie sich anteilig an den Kosten beteiligen. Über die Höhe und prozentuale Verteilung entscheidet die Kommune.

	Anliegerstraße	Haupterschließungsstraße	Hauptverkehrsstraße	Hauptgeschäftstraße
Fahrbahn	70%	50%	30%	60%
Radweg	70%	50%	30%	60%
Parkfläche	70%	70%	70%	70%
Gehweg	70%	70%	70%	70%
Beleuchtung	70%	50%	30%	60%
Grünanlage	70%	60%	50%	60%

- Betroffen sind Eigentümer und Erbbauberechtigte. Mieter sind indirekt betroffen, da Vermieter oft die Kosten in die Kaltmiete einrechnen.
- Beiträge in NRW pro Jahr: 120 Millionen zum Vergleich: das sind 1 % der Summe, mit denen die Kommunen am Steueraufkommen beteiligt werden.

DIE LINKE.

unterstützt die Volksinitiative des Bund der Steuerzahler NRW (BdSt) zur Abschaffung der Straßenbaubeiträge.

Die Forderungen:

1. **Der Straßenbaubeitrag nach § 8 Absatz 1 KAG NRW wird unverzüglich abgeschafft.**
2. **Noch nicht bestandskräftige Beitragsforderungen dürfen nicht mehr vollstreckt werden.**
3. **Der Einnahmeausfall ist den Städten und Gemeinden vom Land zu erstatten. Die hohen Steuereinnahmen lassen das zu.**

Durch die Volksinitiative wird der Landtag gezwungen, sich noch einmal mit dem Thema Straßenbaubeiträge zu beschäftigen.

Es müssen mindestens 0,5 % der Stimmberechtigten, das sind 60.000, zusammenkommen.

Aktuell sind schon über 300000 Unterschriften gesammelt worden. Gesammelt wird noch bis zum 31.03.2019.

Stimmberechtigt sind alle deutschen Staatsbürger ab 18 Jahren mit Erstwohnsitz in NRW, wobei Name, Vorname, Anschrift, Datum der Eintragung und Unterschrift anzugeben sind.

Es gibt kein Online-Verfahren, alle Unterschriften müssen auf den Unterschriftslisten erfolgen.

Unterschriftslisten kann man beim Bund der Steuerzahler bestellen (www.steuerzahler-nrw.de). Oder herunterladen und selber ausdrucken. Auf der Seite des BdSt gibt es die Möglichkeit die 5er-Listen auszudrucken. Nur die 20er-Listen dürfen nicht kopiert werden.

Fazit:

Seitdem die Linke in Rheine 2014 erstmals in den Rat der Stadt Rheine einzog, beschäftigt das Thema unsere Fraktion im Bauausschuss. Oft genug sind wütende und verzweifelte Anlieger im Ausschuss anwesend, die mit 4- und 5-stelligen Summen zur Kasse gebeten werden. Gerade für Rentner und junge Familien ist das oft existenzbedrohend.

Die Verwaltung argumentiert, wir können nicht anders, das Land zwingt uns hierzu. Das stimmt – NRW zwingt die Kommunen zur Erhebung dieser Beiträge. Doch inzwischen gibt es in fast allen Bundesländern massive Proteste. Mit Erfolg. Bayern, Baden-Württemberg, Hamburg und Berlin haben die Beiträge schon abgeschafft, Thüringen und Brandenburg folgen in diesem Jahr. Andere Bundesländer wie Schleswig-Holstein überlassen es den Kommunen, ob sie Beiträge erheben wollen.

Hingegen hält NRW eisern an der Beitragsregelung fest. Es soll nur geringfügige Änderungen geben wie z.B. eine frühzeitigere Beteiligung und eine Ratenzahlung zu marktüblichen Zinsen, statt des bisherigen Wucherzinssatzes von 6 %. Die Linke in Rheine fordert, genau wie der Bund der Steuerzahler, eine vollständige Abschaffung der Straßenbaubeiträge und stattdessen eine Steuerfinanzierung durch das Land. Wir sind dagegen, dass die Beitragserhebung den Kommunen überlassen wird. Das ist ungerecht, da nur reiche Kommunen sich die Abschaffung der Beiträge leisten können, während die anderen auf die Idee kommen könnten, stattdessen eine Refinanzierung über die Grundsteuer B vorzunehmen. Das lehnen wir ab, denn dann können Vermieter dies auf ihre Mieter umlegen. Die Folge: Nur Mieter und die Eigenheimbesitzer, die ihr Haus selbst bewohnen, würden zur Kasse gebeten. Während hingegen Immobilienunternehmen, Vermögensverwaltungen und Hedgefonds nichts bezahlen müssten.

Auch ökonomisch ist der Straßenbaubeitrag umstritten. So reichten in Hamburg in den Jahren 2011-2015 die Einnahmen in keinem Jahr aus, um die Kosten der Erhebung, inklusive Rechtsstreitkosten auszugleichen.
Darum: Straßenbeiträge abschaffen! Wenn es nicht anders geht mit einem Volksbegehren/Volksentscheid.

DIE LINKE.

Ortsverband Rheine
Neuenkirchen-Ochtrup-Wettringen

Kontakt: Heinz-Jürgen Jansen

E-Mail: heinz-juergen.jansen@die-linke-steinfurt.de

Tel.: 0171 5183971

Homepage: <https://www.dielinke-steinfurt.de/ortsverbaende/rheine/>

Facebook: <https://de-de.facebook.com/linke.rheine/>

Treffen: in der Regel jeden 1. Donnerstag im Monat um 18:30 Uhr im Dutch, Klosterstraße 21 in Rheine (nicht jedoch im März 2019!).

Alle interessierten Bürgerinnen und Bürger sind herzlich eingeladen.

Sollten Ort bzw. der Termin sich einmal ändern, so wird dies auf unserer Homepage, auf unserer Facebookseite und über die Presse kommuniziert.

DIE LINKE.

Ortsverband Rheine
Neuenkirchen-Ochtrup-Wettringen

